schafft, die sich fast vom Tag ihrer Machtübernahme an mit dem eigenen Volk im Krieg befinden.«
Reagans Vorschläge, die von den meisten Beobachtern als überaus simpel und unrealistisch empfunden wurden, zielten natürlich auf Wirkung in der heimischen Öffentlichkeit ab. Selbst US-Vertreter machten keinen Hehl daraus, daß sie als »Antwort auf die Propagandakampagne der Sowjets« konzipiert waren. Im Gegensatz dazu gab sich der neue sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse Mühe, bei seinem ersten Auftritt vor der UN-Generalversammlung staatsmännisches Profil zu zeigen und ›konstruktiv‹ zu wirken. »Der beste Weg, den Geburtstag der UNO zu begehen, liegt darin, sich auf die ungelösten Probleme zu konzentrieren«, erklärte er. Die Hauptaufgabe sei eine Friedensgarantie für die gegenwärtige und die künftigen Generationen. Schewardnadse pries die sowjetischen Abrüstungsinitiativen und forderte die Staatengemeinschaft zu kollektiven Taten auf. Der in ungewöhnlich moderatem Ton vorgetragenen Rede fehlte allerdings die Prise Salz, welche einem Gericht den Geschmack verleiht.
Es ist viel gerätselt worden, warum sich Parteichef Gorbatschow die Gelegenheit entgehen ließ, am ›Welt-Gipfel› aufzutreten. Nicht einmal Staatsoberhaupt Andrej Gromyko, als Außenminister während eines Vierteljahrhunderts mit dem Räderwerk der Weltorganisation bestens vertraut, ließ sich in New York blicken. Eine politisch motivierte Entscheidung des Ostblocks ist dahinter kaum zu vermuten, sonst hätten wohl der polnische Parteiführer Jaruzelski und der ungarische Präsident Pal Losonczi ebenfalls gefehlt. Tatsache bleibt indessen, daß sich die übrigen Mitglieder des Warschauer Paktes lediglich durch ihre Außenminister vertreten ließen.
Einiges Zähneknirschen in den Chefetagen des UN-Sitzes verursachte der Umstand, daß Präsident Reagan ausgerechnet für den Jubiläumstag die maßgeblichen westlichen Staaten zu einem Gipfeltreffen nach New York einlud. Diese Zusammenkunft der Regierungschefs der USA, Japans, Großbritanniens, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und Kanadas (Frankreich schlug die Vorladung aus) drohte die UN-Feier in den Schatten zu stellen. Im Endeffekt störten einander die beiden Parallelveranstaltungen nur wenig, denn der westliche ›Mini-Gipfel‹ erbrachte keinerlei Sensationen. Man fragte sich nachher, was er denn überhaupt bezweckte.

Die konkreten Auswirkungen des Reigens von rund 70 Präsidenten, Königen und Premierministern sind noch schwer abzuschätzen. Mindestens ebenso wichtig wie ihre Bekenntnisse zu den Zielen der UN waren die zahlreichen persönlichen Kontakte. So nahmen der indische Premierminister und der pakistanische Staatspräsident das Gespräch über eine Regelung der historischen Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern auf. Viele Absprachen in den Kulissen drangen niemals an die Öffentlichkeit. In der Menge der hohen Festgäste verschwand der einzelne beinahe in der Anonymität. »Nicht einmal ein Chamäleon würde sich hier mehr zurechtfinden«, seufzte ein verzweifelter Diplomat.

Die Vereinten Nationen an der Schwelle zum fünften Jahrzehnt

Mit einem internationalen und einem internen Jubiläum konnte die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 1985 ihre XVIII. Ordentliche Hauptversammlung verbinden: dem 40. Jahrestag der Gründung der Weltorganisation und dem 25jährigen Bestehen des DGVN-Landesverbands Baden-Württemberg. Für die Festveranstaltung am 8. November bot das Neue Schloß zu Stuttgart einen würdigen Rahmen: Ministerpräsident Lothar Späth hob einleitend nicht zuletzt Weltoffenheit und Weltverbundenheit seines Bundeslandes hervor, Generaldirektor Erik Suy vom Genfer Büro der Vereinten Nationen schilderte Schwierigkeiten wie Erfolge der Weltorganisation und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher setzte den Akzent auf die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen. Hier die beiden Hauptvorträge im Wortlaut.

Die kleinen Schritte auf dem Weg zu einer besseren Welt

ERIK SUY

Mit ganz besonderer Freude habe ich die Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen angenommen, an Ihrer Feier zum 40. Jahrestag der Vereinten Nationen und zugleich zum 25.Jahrestag Ihres baden-württembergischen Landesverbandes teilzunehmen. Ich überbringe Ihnen die Grüße des Generalsekretärs zu diesem Tage; wir wünschen uns alle, daß die ermutigende und kritische Begleitung, die die Vereinten Nationen bisher von Ihnen und durch Sie von wichtigen Teilen der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland erfahren haben, bei ihren kleinen Schritten auf dem Weg zu einer besseren Welt weiterhin die für uns alle so notwendige Unterstützung behält.

I

»Vertrauensbildung, Transparenz, Offenheit, Ausgewogenheit und Nachprüfbarkeit«, das waren, Herr Bundesaußenminister, die Kriterien, die Sie kürzlich in Ihrer Rede vor der Generalversammlung aufstellten als Voraussetzung für die kooperative Herstellung von mehr Sicherheit und Friedensbereitschaft. Sie können gewiß als Richtwerte für die Arbeit der Vereinten Nationen insgesamt gelten, sie gehören in der Tat zu den Grundwerten und Zielen der in diesen Tagen vierzig Jahre alt gewordenen Charta.
Erinnern wir uns noch einmal an die Umstände und Zeit ihres Entstehens, am Ende der zweiten Katastrophe Europas in diesem Jahrhundert: an den einhelligen Wunsch, wieder zu einem ›normalen‹ internationalen Leben zurückzukehren. Es war bei allen Schwierigkeiten, inmitten der großen Zerstörung eine Zeit der Hoffnung: auf eine Welt, gegründet auf Frieden und Recht, in der die Grundrechte und die Würde des Menschen respektiert werden, in der sich der Gedanke der Gleichheit aller Völker, aller Menschen durchsetzt, in der die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt werden.
Das war damals kein unverantwortlicher Idealismus. Die Erinnerung an die Fehler der Vergangenheit mit ihren schrecklichen Folgen brachte die Gründer der neuen Weltorganisation zu der Erkenntnis, daß die Schrecken des Zweiten Weltkrieges hätten vermieden werden können, wenn es nur rechtzeitig gelungen wäre, wirksame internationale Mechanismen zu entwikkeln, um die auseinanderstrebenden Interessen auf einen Nenner zu bringen, Konflikte friedlich zu lösen und durch kollektive Sicherheitsmaßnahmen vor Agression zu schützen.

Aber solche Mechanismen konnten nur dann wirksam sein, wenn die Staaten bereit wären, ihr traditionelles Verhalten, das immer wieder zu Kriegen und unermeßlichem Leid geführt hatte, ernsthaft zu überprüfen und zu ändern. Dies hatte Franklin D. Roosevelt, einer der Vordenker der Vereinten Nationen, der die Unterzeichnung der Charta nicht mehr erleben sollte, wohl im Sinn, als er zum Abschluß der Konferenz von Jalta sagte:

»Die Gründung der Vereinten Nationen bedeutet mit voller Absicht das Ende des Systems einseitiger Aktionen, der exklusiven Bündnisse und Einflußsphären, der Gleichgewichte der Kräfte und all jener anderen Mittel, die seit Jahrhunderten angewandt wurden und die sich immer wieder als untauglich erwiesen haben.«

Die Vereinten Nationen sollten dort Erfolg haben, wo ihr Vorgänger, der Völkerbund, scheiterte. Was Frieden ist, durfte nicht mehr allein mit der Abwesenheit von Konflikten gleichgesetzt werden, also mit Zwischenepochen, in denen das alte, gefährliche ›Si vis pacem para bellum‹ gilt; nein, Friede sollte auf der Grundlage von Recht und Gleichheit gedeihen: ›Si vis pacem cole iustitiam‹, wie es über dem Eingang zum Friedenspalast im Haag, dem Sitz des Internationalen Gerichtshofes, steht. Zur Errichtung und Bewahrung von Frieden gehörte also auch die Selbstbestimmung der Völker, die noch im Kolonialstatus lebten, die Respektierung von Menschenrecht und Menschenwürde, die Befriedigung der Grundbedürfnisse und, zu diesem Zweck, die Teilnahme *aller* an der wirtschaftlichen Entwicklung.

Auf diese Ziele begann die Organisation hinzuarbeiten, sie machte den Begriff der Solidarität zu ihrem Leitmotiv, wie er in der Charta konkretisiert und institutionalisiert wurde. Aber diese gigantische Aufgabe erforderte unbedingt die absolute, selbstlose Mitarbeit aller Mitglieder, anders konnte das Ziel nicht erreicht werden. Denn wie die Charta der Vereinten Nationen die Errichtung einer neuen internationalen Ordnung anzeigte, markierte sie auch den Beginn einer neuen, der *multilateralen* Diplomatie. Es ging 1945 nicht nur um eine neue Staatengruppe, die sich um eine gemeinsame Aufgabe scharte, sondern um eine neue Dimension von Politik, die auch den kleinen und mittleren Staaten offensteht, die neue Qualitäten ihrer Beziehungen untereinander bewirkt, neue Spielregeln und Verhaltensnormen einsetzt, und vor allem auf dem Grundsatz der gemeinsamen Teilnahme beruht.

Vierzig Jahre sind jetzt vergangen, in denen die Welt mehr und größere Veränderungen erfahren hat, als je in der Geschichte der Menschheit: Umwälzungen politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Natur, dazu eine gewaltige demographische Explosion — alles Ursachen zahlloser neuer Herausforderungen an die Weltgemeinschaft. Sie sind um so komplexer geworden, als gleichzeitig mit der Vermehrung der Staaten und ihrer Bewohner die Fähigkeiten des einzelnen und der Nationen zu eigenständigem Handeln immer geringer werden. Die wechselseitige Abhängigkeit, die Interdependenz, wird enger und enger und birgt alle Möglichkeiten zum Guten und zum Schlechten in sich.

Die größte Herausforderung, die schrecklichste Bedrohung der Menschheit, die als Schatten schon über dem Beginn der neuen Organisation lag, ist so gewaltig, daß auch die Gründerväter sie kaum recht begreifen konnten: Zwischen der Unterzeichnung der Charta in San Franzisko im Juni und ihrem Inkrafttreten im Oktober geschah eine Tragödie, deren Schrecken die Welt erfaßte und deren Widerhall noch heute alle Menschen erbeben läßt: die Anwendung der Atombombe. Voll Hoffnung auf eine neue Ordnung und ohne Ahnung von der neuen Gefahr stürzte unser Planet in das nukleare Zeitalter mit seinen Chancen und Bedrohungen.

Wenig später zerbrach der Zusammenhalt derjenigen, auf deren Willen Stabilität und Erfolg des Systems der kollektiven Sicherheit beruhen sollte. Der Graben zwischen Ost und West öffnete sich, und ein Rüstungswettlauf begann, der in seiner Sinn- und Zügellosigkeit unter nuklearem Vorzeichen heute die größte Gefahr für das Überleben der Menschheit darstellt.

II

So begannen die Vereinten Nationen ihr Werk unter ganz neuen Bedingungen, in einem Klima, das sich gegenüber dem ihrer Konzeption entscheidend gewandelt hatte. Heute steht die vierzigjährige Organisation im Kreuzfeuer der Kritik, wird gewogen und oft zu leicht befunden. Ihre Arbeit, ihre Rolle, ja ihre schiere Existenz sind Anlaß zur Polemik. Manche halten sie für ein Forum theoretischer und bösartiger Debatten, ein Treibhaus für eine aufgeblähte Bürokratie, die ihre Aufgaben nicht erfüllt. Die Ziele der Charta seien nicht verwirklicht, im Laufe der letzten vier Jahrzehnte habe die UNO es nicht vermocht, ihren Hauptauftrag — Bewahrung des Friedens und der Sicherheit — zu erfüllen, da doch der Ausbruch von regionalen und lokalen Konflikten nicht verhindert werden konnte.

Aber ist diese Kritik nicht ungerecht? Sie verkennt, ja ignoriert doch die Anstrengungen und ihre Erfolge, denn es gibt Erfolge! Gewiß, lokale Konflikte sind entstanden, aber die Vereinten Nationen haben ihre Rolle gespielt, und tun es heute noch, damit sie sich nicht ausbreiten, damit sie nicht zu allgemeinen Konflikten auswuchern; dies ist eine Gefahr, die unter den Bedingungen unserer Welt gewiß nicht zu unterschätzen ist. Wenn trotz aller Bemühungen Feindseligkeiten ausbrechen, dann ist es die UNO, die auf Waffenstillstand drängt und dafür sorgt, daß er eingehalten wird, indem sie — im Einverständnis mit den Parteien des Konflikts — eine Friedenstruppe an Ort und Stelle einsetzt, um dann die Waffenruhe zur friedlichen Beilegung der Streitigkeiten zu nutzen. Es ist gar nicht so einfach, einen Waffenstillstand durchzusetzen, aber den Vereinten Nationen ist es gelungen: erinnern wir uns an die Suez-Affäre von 1956, den Jom-Kippur-Krieg zwischen Israel und Ägypten 1973 oder den Zypern-Konflikt 1974.

Gerade die friedenserhaltenden Einsätze der ›Blauhelme‹ sind bedauerlicherweise immer wieder Gegenstand vernichtender Kritik. Ich glaube, damit ist erwiesen, wie sehr die Aufgabe der ›Blauhelme‹ überhaupt verkannt wird: sie sind keine kriegführenden Truppen, ganz im Gegenteil. Die Erhaltung des Waffenstillstandes soll ohne Waffengebrauch gegenüber den Konfliktparteien durchgesetzt werden. Ruhe und Beharrlichkeit werden von den Truppen der Vereinten Nationen erwartet, um damit auf Provokation und Angriff zu antworten. Sie haben in diesen Wochen davon gehört und gelesen, daß eines der Mitgliedsländer seine der UNIFIL im südlichen Libanon zur Verfügung gestellten Soldaten aus Gründen, die hier nicht erörtert werden sollen, zurückgerufen hat, aber selten werden Sie jemals in den Medien davon erfahren, mit welchem Einsatz gerade diese Truppe UNIFIL unter äußerst schwierigen Bedingungen ihre Aufgabe erfüllt und außerdem noch unschätzbare humanitäre Hilfe an die schwer betroffene Dorfbevölkerung leistet — Straßen repariert, Lebensmittel und Medikamente transportiert, medizinische Hilfe leistet, Minen beseitigt.

Und wie selten machen die zahlreichen diskreten und geduldigen diplomatischen Schritte des Generalsekretärs, seine Verhandlungen und Vermittlungsversuche Schlagzeilen! Allzu oft verkannt werden auch die Möglichkeiten, die die Vereinten Nationen als Rahmen für Verhandlungen bieten; sie sind in der Tat eine einzigartige Instanz, die es den potentiell oder bereits tatsächlich kriegführenden Parteien erlaubt, sich ohne Prestigeprobleme zusammenzusetzen, ihre Beschwerden vorzutragen, die internationale Gemeinschaft zum Zeugen ihrer Sache zu machen. Auf diese Weise hat die Organisation mehr als einmal den Ausbruch von Feindseligkeiten verzögern können, indem sie dazu beitrug, daß die internationale Gemeinschaft hinreichenden politischen Druck auf die streitenden Parteien ausübte, damit sie ihren Konflikt auf das reale Maß zurückführten und sich zu einer friedlichen Lösung bereit fanden. So geschah es beispielsweise in diesem Jahr bei der Regelung von Grenzstreitigkeiten zwischen Laos und Thailand, die vor der Generalversammlung ihre Standpunkte vortragen konnten, ihre Gemüter beruhigten und die Konfrontation vermieden.

III

Die gewaltigen Veränderungen politischer und wirtschaftlicher Art, die seit 1945 die Welt betroffen haben, sind natürlich an den Vereinten Nationen nicht vorbeigegangen; im Gegenteil: viele wurden auf ihre Initiative hin zumindest beschleunigt. Vor vierzig Jahren gab es noch keine Dritte Welt als politische und wirtschaftliche Größe, große Teile Afrikas und Asiens waren noch in den Farben ihrer Kolonialmacht auf den Landkarten eingetragen. Nach und nach haben dank der Hilfe und Unterstützung der Vereinten Nationen etwa achtzig Staaten — heute die Mehrheit der Mitglieder — auf vergleichsweise friedlichem Weg ihre Unabhängigkeit erlangt. Damit wurde ein beispielloser Wandel in der internationalen Politik in Gang gesetzt: das internationale System war nicht mehr in der Hand einiger weniger, es wurde nahezu universell unter gleichberechtigter Vertretung aller Staaten.

Dieser Wandel brachte neue, teilweise sehr schwere Probleme mit sich, vor allem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Die neu Hinzugekommenen mußten bald sehen, das ihre politische Freiheit erst mit einem noch mühsameren Schritt zur wirklichen Unabhängigkeit gedeihen konnte. Dieser Aufgabe stellte sich die internationale Gemeinschaft mit einer bemerkenswerten Anpassungsfähigkeit, indem sie die recht weiten Grundsätze der UN-Charta auf notwendige und richtige Weise interpretierten. Aus der Organisation für den Erhalt von Frieden und Sicherheit wurde zusätzlich die Organisation der internationalen Entwicklung. Die Gründung der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, des GATT in den vierziger Jahren hatten bereits den Grund für die multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt, aber nicht alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft fanden ihre Bedürfnisse in ihnen gut aufgehoben. So entstand die UNCTAD und der Ruf nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Die Vereinten Nationen begannen gemeinsam mit den Sonderorganisationen die Spitze in der Entwicklungspolitik zu übernehmen, vor allem mit ihrer technischen und humanitären Hilfe. Gemeinsam mit den regionalen Wirtschaftskommissionen, den verschiedenen Sonderorganisationen des UN-Systems, mit der Hilfe der Mitgliedsländer und nichtstaatlicher Organisationen ging vor allem das Entwicklungsprogramm UNDP daran, auf zahlreichen Gebieten und Wirtschaftssektoren mittel- und langfristige Hilfe zu leisten, die den abhängigen Ländern schließlich die Selbständigkeit ermöglichen sollte: mehr als zwei Milliarden Dollar fließen jährlich durch multilaterale Kanäle in die Dritte Welt (die Leistungen der Weltbankgruppe nicht eingerechnet). Die Erfolge sind an Ort und Stelle zu sehen, wenngleich die Wachstumskrisen der siebziger Jahre in den Industrieländern sich so drükkend auf die Entwicklungschancen der Dritten Welt legten, daß die gegenwärtigen Zahlungsbilanzkrisen, die drohende Schuldenkatastrophe mit all ihren sozialen Konsequenzen viele Anstrengungen zunichte machen oder doch relativieren.

Auch diese globale Krisensituation hat das System der Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren herausgefordert, immer mehr Mittel und Organisationsfähigkeit darauf zu konzentrieren, durch humanitäre Hilfe Not zu lindern. Die Not einer immer weiter steigenden Zahl von Flüchtlingen, der Opfer von Katastrophen — natürlichen und solchen, die letztlich von Menschen hervorgerufen werden — und von Hungersnöten. Solche Soforthilfe, sie mag so großzügig und effizient wie irgend möglich sein, ist jedoch nur Hilfe im Augenblick und beseitigt die Wurzeln des Übels nicht. Langfristige weltweite Strategien sind notwendig, die sich vor allem an der Erholung und dauerhaften Stabilisierung der von den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte betroffenen Volkswirtschaften bewähren müssen. Notwendig ist vor allem mehr Weitsicht auf seiten der Länder des Nordens, die davon absehen müssen, um jeden Preis ihre eigenen Volkswirtschaften durch Protektionismus heilen zu wollen, der zuallererst auf Kosten der Dritten Welt geht. So sehr die bilateralen Bemühungen einiger Industrieländer (gerade auch der Bundesrepublik Deutschland) zu schätzen sind, so sehr es auch auf die Eigenleistung der Entwicklungsländer ankommt — ohne multilaterale Hilfe, deren großer Vorteil es ist, daß sie keine einseitige Abhängigkeit schafft, läßt sich das Problem der Entwicklung nicht lösen.

IV

Ein anderes, wichtiges Beispiel für vielleicht kleine, aber unübersehbar wichtige Schritte zu einer besseren Welt bieten die Vereinten Nationen im Bereich der Menschenrechte. Schon der Völkerbund hatte sich mit ersten Ansätzen zu einem internationalen Konzept beschäftigt, als er die Forderung nach einer Garantie des Rechts von Minderheiten aus der Hinterlassenschaft der Friedenskonferenz von Paris 1919 übernahm. Dennoch kennt der Völkerbundpakt weder ausdrücklich das Recht des Individuums als schützenswert an, noch sieht er irgendwelche Mechanismen zu internationaler Förderung und Schutz der Menschenrechte vor; dies blieb den einzelnen Staaten und gegebenenfalls bilateralen Verträgen untereinander vorbehalten.

Anders bei den Vereinten Nationen: Artikel 56 der Charta verpflichtet die Mitglieder, die im vorhergehenden Artikel 55 gegebene Garantie für »die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion« zu übernehmen. Drei Jahre nach der Charta entstand 1948 mit der ›Universellen Erklärung der Menschenrechte‹ die international gültige Definition der Menschenrechte und Grundfreiheiten, zunächst als einfache Empfehlung an die Mitgliedstaaten, dann als Grundlage der Menschenrechtspakte von 1966 über die bürgerlichen und politischen sowie die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte. Seitdem müssen die Staaten, die den entscheidenden ersten Pakt ratifiziert haben, regelmäßig vor dem Menschenrechtsausschuß über die Situation der Menschenrechte in ihrem Hoheitsgebiet berichten. Im Laufe eines Jahres erhält das Zentrum für Menschenrechte der Vereinten Nationen etwa 50 000 Individualbeschwerden und leitet sie weiter an die Menschenrechtsgremien, die dann mit den beschuldigten Regierungen ins Gespräch zu kommen suchen und beschließen können, die jeweilige Situation zu untersuchen und Empfehlungen auszusprechen.

So kann in den Organen der Vereinten Nationen, der Generalversammlung, dem Wirtschafts- und Sozialrat, der Menschenrechtskommission auf flagrante Verletzungen der Menschenrechte reagiert und die öffentliche Diskussion darüber eingeleitet werden. Zahlreiche Entschließungen haben die Sorge der Organisation angesichts solcher Fälle dokumentiert. Untersuchungsorgane oder das Angebot guter Dienste der Organisation sind so unterstützt worden und haben in vielen Fällen — die aus guten Gründen nicht an die große Glocke gehängt werden — zum Erfolg geführt.

Sicher, auch das ist nicht genug, immer noch gibt es bei weitem zu viele Fälle flagranter Menschenrechtsverletzungen, aber liegt das an den Vereinten Nationen? Sie haben die Normen gesetzt, die Instrumente schaffen helfen, aber ihre Durchsetzung ist Sache der Staaten, einzeln und gemeinsam. Es ist Sache der Staaten, summarische Todesurteile, Folter, unmenschliche Behandlungen unter den international für gut befundenen Regeln des Völkerrechts, die mit Hilfe der Vereinten Nationen entstanden sind, bei sich selbst zu ächten. Aus historischer Perspektive läßt sich ohne Einschränkung sagen: Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde die Erkenntnis und die Behandlung der Menschenrechtsprobleme so rasch internationalisiert und aus dem innerstaatlichen Bereich herausgeholt. Ein wichtiges Zeichen dieser historischen Entwicklung ist die hervorragende Rolle, die inoffizielle Instanzen, nichtstaatliche Organisationen hierbei spielen. Die Förderung der Menschenrechte ist zu einem guten Teil durch die Charta der Vereinten Nationen zu einem wichtigen Friedensfaktor geworden, wobei allerdings die Gefahr nicht ausgeschlossen ist, daß die Men-

schenrechtsproblematik für politische Zwecke mißbraucht wird.

V

Ich habe es mehrfach erwähnt: Niemand sollte zufrieden sein mit dem Zustand unserer Welt und mit dem der Vereinten Nationen. Unsere Organisation, dessen kann ich Sie versichern, ist es gewiß nicht. Wir sehen sehr wohl, daß es nicht nur eine *modische* Kritik am Multilateralismus gibt, sondern daß mancher Ruf nach durchgreifender Reform der Idee der Charta und auch der Organisation durchaus wohl will.
Gerade jetzt, am vierzigsten Jahrestag der Vereinten Nationen, sehen wir uns einer Situation gegenüber, die stärker als früher von Spannung, Mißtrauen, Verdächtigung geprägt ist. Ich teile, Herr Minister Genscher, Ihre Hoffnung auf das Treffen, das in wenigen Tagen in Genf stattfinden wird. Ich meine auch, daß Ihr Vorschlag, der auf gründlichere bilaterale Konsultationen zwischen befreundeten Staaten hinzielt, bevor ein Problem vor die Gremien der Vereinten Nationen gebracht wird, vieles für sich hat. Aber: Die Probleme der kommenden Jahre werden uns schneller zu multilateraler Aktion zwingen, als manche es heute noch wahrhaben wollen.
Bevor die Vereinten Nationen fünfzig werden, ist alle diplomatische Kunst, alle politische Erfahrung und Lernfähigkeit nötig, um mit den Problemen fertigzuwerden, die wir heute schon kennen, und denen, die wir unausweichlich auf uns zukommen sehen: der Graben zwischen Nord und Süd, der sich weiter vertieft, die drohende Übervölkerung, die immer stärker belastete Umwelt, die sich daraus ergebenden Hungersnöte, der unglaubliche Mittel verschlingende Rüstungswettlauf. Die Vereinten Nationen müssen und wollen der Platz sein, auf dem diejenigen gehört werden, die zuerst Opfer einer fatalen Entwicklung zu werden drohen, aber auch Forum der Vernünftigen, die ja nicht immer mit den Mächtigen identisch sind. Die UNO sei vielleicht kein Weg zum Himmel, meinte Dag Hammarskjöld einmal, aber ohne sie wären wir wohl schon ein Stück weit auf dem Weg zur Hölle.

Schwerpunkte deutscher Mitarbeit bei den Vereinten Nationen

HANS-DIETRICH GENSCHER

Die Rolle der DGVN

Als langjähriges Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen freue ich mich ganz besonders, an dieser Veranstaltung teilnehmen zu können. Es sind zwei Anlässe, die uns heute in diesen historischen Räumen des Stuttgarter Neuen Schlosses zusammengeführt haben: der vierzigste Geburtstag der Vereinten Nationen *und* der fündundzwanzigste Geburtstag des Landesverbandes Baden-Württemberg der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen.
Lange bevor die Bundesrepublik Deutschland 1973 als Vollmitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, hatte sich die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen der Aufgabe verpflichtet, bei unseren Mitbürgern für die großen Ziele unserer Weltorganisation Verständnis zu wecken. Sie ist stets mit der Bundesregierung dafür eingetreten, daß eine aktive Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen in unserem ureigensten deutschen Interesse liegt. Zwölf Jahre nach unserem Beitritt können wir sagen, daß dieser Schritt für die Bundesrepublik Deutschland notwendig und erfolgreich war.
Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat als Nichtregierungsorganisation eine wichtige eigene Funktion. Sie besteht nicht allein in der Unterrichtung einer breiteren deutschen Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Weltorganisation. Ihre Aufgabe ist es auch, sich aktiv an unserer innerstaatlichen Diskussion über die Vereinten Nationen und über unseren deutschen Beitrag zu ihrer Arbeit zu beteiligen. Sie kann und soll Impulse geben, ihren kritischen Sachverstand bei der Erörterung der komplexen Probleme einbringen und den politisch Verantwortlichen Anregungen und auch ›kritische Begleitung‹ geben.
Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat sich dieser Aufgabe in den vergangenen Jahrzehnten mit großem Verantwortungsbewußtsein gestellt. Das zu würdigen ist auch ein Anlaß, zum 40.Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen zusammenzukommen. Für den Landesverband Baden-Württemberg war es Beginn einer nunmehr fünfundzwanzigjährigen Arbeit im Sinne kontinuierlichen Bemühens um die Verfolgung der Ziele der Vereinten Nationen. Für diese Kontinuität stehen zwei Persönlichkeiten, die ich stellvertretend für viele nennen möchte: Professor Löffler, dessen persönliches Engagement für die Idee multilateraler Zusammenarbeit bis in die Zeit des Völkerbundes zurückreicht, und Herr Barthels, der als Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen seit 1952 angehört. Ihnen und vielen anderen danke ich für Ihre verdienstvolle Arbeit.
Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, dem Land Baden-Württemberg und der Stadt Stuttgart für die Ausrichtung dieser Feier zum 40. Jahrestag der Vereinten Nationen zu danken. Gerade die Worte von Herrn Ministerpräsident Späth haben sein Engagement für die Sache der Vereinten Nationen bewiesen.
Ich bin auch Herrn Generaldirektor Suy dankbar, daß er aus diesem Anlaß nach Stuttgart gekommen ist.

Die Weltorganisation als Spiegelbild unserer Welt

Der 40. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen hat eine neue Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen der Weltorganisation in Gang gebracht. Die öffentliche Diskussion ist geprägt von zahlreichen Gegensätzen und oft von ganz extremen Positionen, die von euphorischer Zustimmung bis hin zu unsachlicher Kritik reichen.
Können die Vereinten Nationen eigentlich mehr sein als ein Spiegelbild des wirklichen Zustandes unserer Welt? Generaldirektor Suy hat auf die großen Probleme hingewiesen, die allein entstanden sind in den wenigen Monaten zwischen dem Abschluß der Beratungen und der Verabschiedung der Charta: die Veränderung der Welt durch die Explosion der ersten Atombombe. Die Vereinten Nationen oder ihre Gründungsväter gingen davon aus, daß die fünf Ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates sozusagen eine Art Patenschaft für den Frieden der Welt übernehmen könnten.
Aber es stellte sich sehr bald heraus, daß ihre Gegensätze über Jahrzehnte das Geschehen in der Welt bestimmten. Und wer hätte am Gründungstag gedacht, daß am 8.Januar 1985 in Genf die Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion eine Erklärung unterzeichnen würden, in der sie das Ziel setzen, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern. Im Weltraum zu verhindern, obwohl wir ihn auf Erden noch immer haben. Dazwischen liegt die große Periode des Entkolonisierungsprozesses, des Selbständigwerdens vieler Staaten. Staaten, in denen Völker zusammengeführt wurden, Staa-